

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 1

Artikel: Das tschechoslowakische Grundproblem
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158172>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das tschechoslowakische Grundproblem.

Von **Jann v. Sprecher.**

Als am 20. Oktober 1918 auf der Prager Burg zum ersten Mal die weiß-rot-blaue Fahne der tschechoslowakischen Republik aufgezo-gen wurde, erfüllte sich ein jahrhundertealter Traum des tschechischen Volkes, und der Gedanke der Freiheit und Selbständigkeit gewann Form und Leben. Ist es erstaunlich, daß dieses arbeitsame und bodenständige Volk, dem einst die böhmische Krone gehörte und das auf eine Vergangenheit mutigen und tatkräftigen Lebens zurückblicken kann, in jenen Tagen und im Bewußtsein seiner neuen Macht und Freiheit sich die Kraft zutraute, Herrscher über andere Völker zu sein? Hatten es ihm andere nicht häufig vorgemacht? In den Tagen des Sieges und der Begeisterung ist ja der nüchternen und zeitlich weit ausgreifenden politischen Überlegung nur ein enger Platz geboten: Frankreich, die politische Mutter der jungen Republik, machte sich daran, die Früchte seines schwer erkämpften Sieges mit Clemenceau'scher Brutalität und historischer Unbedenklichkeit einzuheimsen — in Prag aber wurde die Republik geboren, in der 7 Millionen Tschechen in einem Staat von 15 Millionen, also als knappe Minderheit, zu herrschen gedachten. Und es läßt sich nicht bestreiten, daß das tschechische Volk seinen Staat, an dem es mit Begeisterung hängt und den es mit Zähigkeit zu verteidigen gewillt ist, in dieser 18jährigen Periode entschlossen und mit einer großen inneren Kontinuität zusammengehalten hat. Von tschechischer Seite wurden wir darauf hingewiesen, daß, währenddem sich in dieser Zeitspanne in den umliegenden Staaten allerhand Ummwälzungen vollzogen, die Stabilität der jungen Republik allein schon darin zum Ausdruck kommt, daß sie während 17 Jahren e i n e n Präsidenten und e i n e n Außenminister gehabt hat.

Das tschechische Volk hat im Jahre 1918 in seine Republik 3½ Millionen Deutsche, 2½ Millionen Slowaken, 1 Million Ungarn, 300,000 Ruthenen, 200,000 Polen und etwa gleichviel Juden aufgenommen. Nun erfolgte allerdings diese Aufnahme anderer Nationalitäten in den in der Führung rein tschechischen Staat nicht etwa ausschließlich zwangsweise; die Konstituierung des Staates war, insbesondere was die Slowaken betrifft, von langer Hand gemeinsam vorbereitet, und wenn auch die im Pittsburger Vertrag den Slowaken versprochene Autonomie sich nicht durchführen ließ, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß das tschechische und das slowakische Volk nicht nur bestrebt waren, eine staatliche Einheit zu bilden, sondern die erreichte Einheit auch heute mit absoluter Beharrlichkeit zu verteidigen gewillt sind. Man mag dies vom slowakischen Komponenten aus vielleicht erstaunlich finden, wo doch von s l o w a k i s c h e r A u t o n o m i e in maßgebenden tschechischen Kreisen nicht einmal mehr die Rede ist — man spricht nur von D e z e n t r a l i s a t i o n der Verwaltung — und da doch die Aufrechterhaltung des Staates in seiner jetzigen Gestalt von slo-

wakischer Seite nichts anderes als den täglichen Verzicht auf Machtausübung und überhaupt maßgebenden Einfluß verlangt. Die Erklärung findet man wohl darin, daß beides s l a w i s c h e V ö l k e r sind, die sich, auf exponiertem Posten, Zersplitterung nicht leisten können und wollen und im weiteren darin, daß die Slowaken die kulturelle, völkische und politische Überlegenheit der Tschechen anerkennen müssen.

Denn das tschechische Volk hat in der Zeit der Aufklärung und der Romantik die einst so stolze Höhe seiner Kultur wiedergewonnen. War es ein Wunder, daß es in den Zeiten der politischen Bedrückung, der jahrhundertelangen Unfreiheit Vieles von dem verlor, was ihm einst, zu Zeiten der tschechischen Königskrone, Achtung, ja Bewunderung eingetragen hatte? (Die Geschichte der Höhen und Tiefen in der Kultur eines Volkes hat nun nicht die Neigung, sich politischen Wünschen anzupassen: mag sein, daß es heute tschechischen Ohren wenig angenehm klingen wird, wenn man feststellt, daß der Wiederaufbau der tschechischen Kultur zu einem großen Teil das Werk deutscher Romantiker, wie Goethe und Herder, gewesen ist.) Als im Jahre 1918 die Slowakei und Karpatho-Rußland dem Staate sich angeschlossen, hatten die Tschechen alle Hände voll zu tun, um diese Gegenden vorerst in einen einigermaßen annehmbaren kulturellen und zivilisatorischen Zustand zu versetzen, bestand doch, wie uns von tschechischer Seite versichert wurde, 1918 keine einzige slowakische Schule, ebenso waren slowakische Beamte ein unbekannter Begriff. Die Tschechen griffen sofort ein, gründeten 2000 slowakische Volksschulen, 400 Mittelschulen und die Universität in Preßburg. Nach diesen fraglos bedeutsamen Leistungen sind die Tschechen nicht ohne Grund der Ansicht, daß die Forderung: „D i e S l o w a k e i d e n S l o w a k e n“ nicht unbedingt begründet sei, zumal sie als praktischen Zweck die Erziehung der zahlreichen tschechischen Lehrkräfte, die die slowakische Zivilisation gewissermaßen erst aufgebaut haben, in sich zu bergen scheint. Diese und vor allem die autonomistischen Ansprüche der Slowaken werden denn auch von maßgebender tschechischer Seite mit außerordentlicher Gelassenheit aufgenommen. Denn die Tschechen haben auf ihrer Seite die Überlegenheit der Kultur und, vor allem, die Überlegenheit der Macht — und dieser Gesichtspunkt ist es, der in letzter Linie über alle Fragen des jungen Staates entscheidet!

Haben so die Tschechen gegenüber den Slowaken eine unbestreitbare Überlegenheit der Kultur und der politischen Position — die Tschechen scheinen gar nicht sehr traurig zu sein über das vorläufige Scheitern der slowakischen Regierungsbeteiligung (sie können warten) — so trifft dies in noch weit erheblicherem Grade zu gegenüber den R u t h e n e n. Denn auch dort traf das tschechische Volk im Jahre 1918 auf rassistisch verwandte, aber kulturell und zivilisatorisch außerordentlich zurückgebliebene Elemente, denen gegenüber kulturelle Aufbauarbeit in noch größerem Maße geleistet werden mußte, als an der Slowakei. Aus Gründen, die anscheinend nicht nur aus dem tschechischen Machtstreben, sondern vielmehr aus praktisch un-

möglichen Verhältnissen zu erklären sind, ist es so bis heute auch mit der *Autonomie Karpaten-Rußlands* nichts geworden, obgleich dieses Autonomie=Versprechen nicht nur, wie im slowakischen Fall, mehr oder weniger unverbindlich vor der Konstituierung des Staates gegeben, sondern sogar in der Verfassung verankert wurde. Seit dieser Festlegung sind 16 Jahre vergangen, und es ist immer stiller geworden um diesen Gedanken. Die Streitfrage ist nicht aktuell, und es ist eigentlich überhaupt keine Streitfrage mehr.

Gehört so die Frage der slowakischen bzw. ruthenischen Autonomie nicht zu den irgendwie bewegenden Problemen des jungen Staates, so ist darüber hinaus festzuhalten, daß im letzten Grunde zwischen dem tschechischen und den beiden andern slawischen Völkern eine mehr oder weniger absolute Einheit hergestellt ist. Sie gründet sich nicht etwa auf irgendwelche wesentlichen Konzessionen von tschechischer Seite den beiden Brudervölkern gegenüber; sie gründet sich vielmehr allein auf die Anerkennung der tschechischen Überlegenheit und die Stärke der tschechischen Macht. Diese aber ist unbestreitbar.

Während die Beziehungen zwischen der tschechischen Herrscherschicht und den noch verbleibenden Minderheiten, wie Ungarn, Polen u. s. w. sich vollends im Begriff der Machtpolitik erschöpfen, hat sich im Laufe der seit der Gründung vergangenen 17 Jahre ein Problem entwickelt und zu drohenden Ausmaßen erhoben, das wir als Grundproblem dieses jungen Staates bezeichnen möchten. Gewiß gibt es in der heutigen Zeit wirtschaftlicher Spannung und politischer Unruhe viele Probleme, die irgendwie an dem Aufbau des Staates zu rühren scheinen — aber diese Fragen alle, und mögen sie im Einzelnen noch so schwerwiegend sein, vermöchten niemals jene außerordentlich tiefgreifende, weil europäische Bedeutung, zu erreichen, wie die einzige tschechoslowakische Nationalitäten=Frage, die in den Beziehungen zwischen dem Staate und seiner Macht auf der einen, und der deutschen Minderheit auf der andern Seite beschlossen liegt. Hier ist das tschechoslowakische Grundproblem aufgezeichnet.

Wir wollen nicht sprechen von der Leiblichen Not, die wir in so schrecklichem Maße in den nordböhmischen Notstandsgebieten deutscher Zunge gesehen haben. Vielleicht mag es in andern Gebieten des Staates auch nicht anders aussehen. Wir wollen auch nicht sprechen von gewissen tschechischen Einflußnahmen auf deutsch geführte Industriekonzerne und von weiteren Einzelmaßnahmen, die uns auf der Reise bekannt wurden. Im Grunde geben diese Maßnahmen nur einen Ausschnitt aus einem sehr tief liegenden Problem, das indessen nicht nur nach einer, sondern nach der Richtung beider Beteiligten ein tragisches Problem ist. Es ist ein Problem des Mißtrauens im Innern eines jungen Staates, das sich in seinen äußersten Auswirkungen vielleicht eines Tages doch zu einer euro=

päischen Gefahr gestalten könnte. Deshalb sei es mit kurzen Strichen aufgezeichnet.

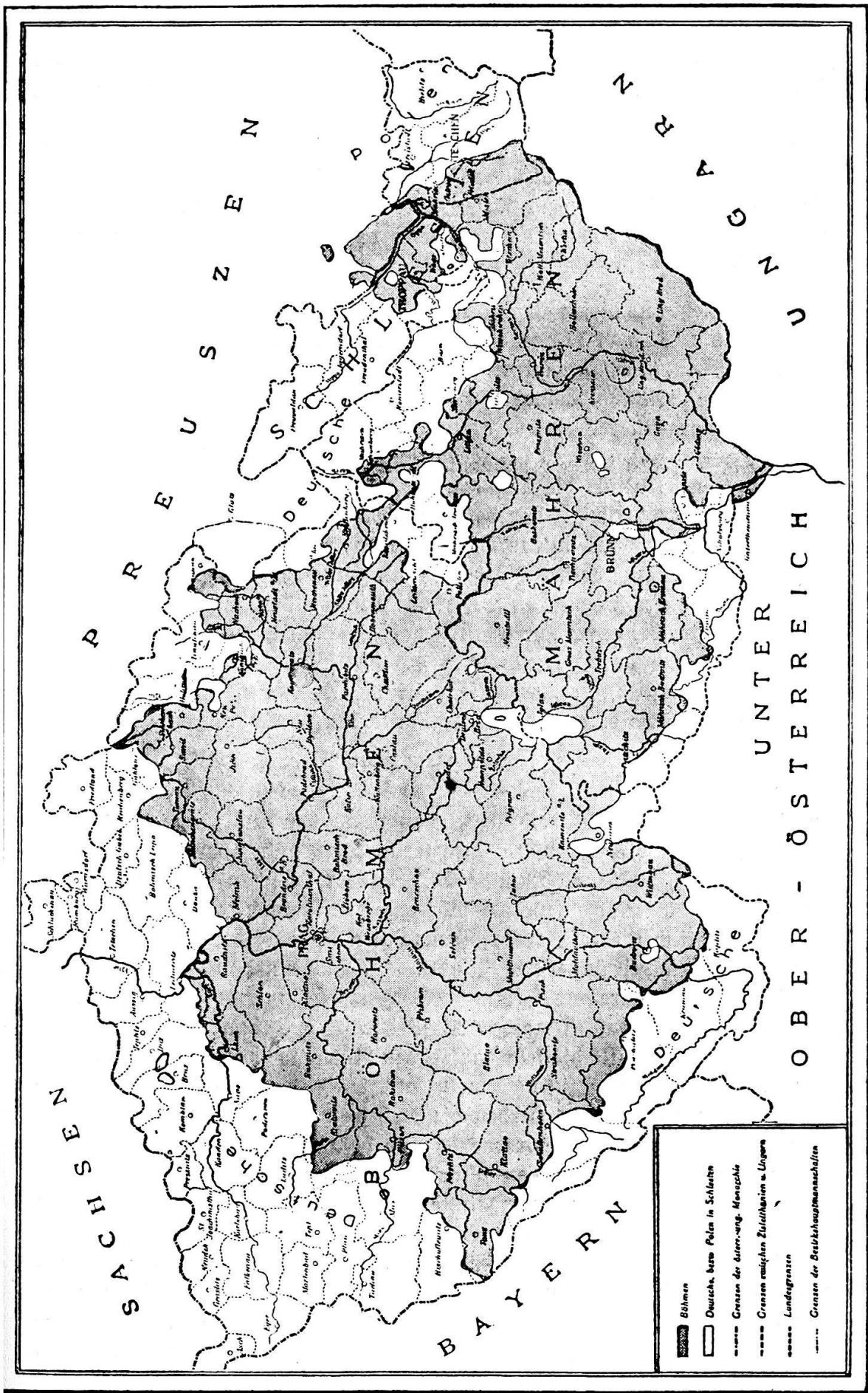
Das tschechische Volk hat dem jungen Staate, in Anlehnung an westliche Gepflogenheiten, eine demokratische Verfassung moderner Prägung gegeben. Und nicht nur auf diese Verfassung, sondern vielmehr auf die demokratische Handhabung der Gesetze tut man sich in dem jungen Staate viel zu gut. Recht oft auch hörten wir die tschechoslowakische Republik und ihre Einrichtungen und die Handhabung der Staatsgewalt mit der entsprechenden demokratischen Übung vergleichen, die — glücklicherweise noch und hoffentlich auf immer — in der Schweiz gepflegt wird. Nun glauben wir aber, ein Grundgedanke demokratischen Staatsaufbaues und demokratischer Staatsführung sei der Gedanke der Freiheit und der Gedanke der Toleranz, der Gedanke, daß dem anders Denkenden und von Hause aus anders Empfindenden die Freiheit seiner Rede, seiner Kultur, seiner Sprache, überhaupt seines Lebens in demselben Maße zu gewähren sei, das man für sich selbst beansprucht. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen müssen wir sagen, daß der ein hinkender Bote wäre, der uns von Prag nach der Schweiz die Botschaft demokratischer Gleichschaltung überbringen wollte.

„Sie müssen verstehen,“ erklärte uns ein tschechischer Herr von maßgebender Prägung, „daß das tschechische Volk nicht in 17 Jahren vergessen kann, was es in der Periode 300jähriger Unterdrückung erfahren hat.“ Viele und maßgebende Tschechen haben diese Zeit vergessen und sie wären bereit, den Deutschen zum gemeinsamen Staatsaufbau die Hand zu reichen. Aber ein unüberwindliches Mißtrauen scheint sie davon abzuhalten. Wir wollen dahingestellt sein lassen, wie schwer jene Unterdrückung tatsächlich gewesen ist. Unbestreitbar ist indessen die Tatsache, daß die Tschechen während dieses Zeitraums in ihrem eigenen Lande nicht Meister sein durften, sondern sich von Statthaltern habsburgischer Prägung regieren lassen mußten. Doch war unseres Wissens die Freiheit des tschechischen Sprachgebrauchs im wesentlichen gewährleistet. Indessen erscheint es nicht ganz unverständlich, wenn ein national empfindender Tscheche nicht mit rosigem Gefühlen an die Zeit der österreichischen Herrschaft, die schließlich doch eine Fremdherrschaft war, zurückdenkt. Dagegen wäre es doch wohl menschlich untragbar und staatspolitisch gefährlich, diese Gefühle in irgend einer Form gegenüber einer Minderheit des eigenen Staates auszulassen.

Der Leser findet im Aufsatz ein Rärtchen, das die Lage des deutschen Elements in geographischer Beziehung verdeutlicht. Die deutsche Bevölkerung besiedelt demnach im wesentlichen die Grenzen Böhmens. Sonst ist sie im gesamten Staate, mit Ausnahme der Sprachinsel von Jglau, nirgends mehr in geschlossener Siedelung vertreten. Es ist klar, daß allein schon diese geographische Grenzlage der deutschen Minderheit das deutsch-tschechische Problem nicht erleichtert und vielleicht das tschechische Mißtrauen bis zu einem gewissen Grade erklärt.

Unbestreitbar liegt aber das wesentlichste Element dieser gefährlichen innerstaatlichen Spannung in der Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung Böhmens im Jahre 1918 überhaupt nicht gefragt wurde, ob sie sich dem neuen Staate anzuschließen gedenke. Man hat also auch in dieser Ecke unseres geplagten Kontinents die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts vergessen. Schon dadurch wurde das Verhältnis a priori in bedenklicher Weise belastet. Begreiflich auch, daß, da ja ein freiwilliger Anschluß an den neuen Staat nicht vorlag, der Blick nicht weniger Sudetendeutscher über die Grenze gerichtet war, und in dieser Richtung übte der Umsturz in Deutschland im Jahre 1933 einen ungeheuer verstärkenden Einfluß aus. Es ging wie seinerzeit in Memel: auch über diese Grenze schlug die Welle neuer Ideen und der Gedanke des Volkstums, des größeren Volkstums, erregte, mit allen gefährlichen Konsequenzen, das junge Herz. Auch hier gründete sich eine nationalsozialistische Partei, die dann von den Tschechen prompt verboten wurde. Es ist das große Verdienst Konrad Henleins, die damalige, bereits äußerst gefährliche Stimmung eingefangen und in das Flußbett einer staatsstreuen Partei geleitet zu haben. Vielleicht hat er damit großes Unheil verhütet.

Der Kern des tragischen Konfliktes dieses Staates liegt nun gerade darin, daß der Tscheche dem Deutschen seine Staatsstreue einfach nicht glaubt. Dieses Mißtrauen wird zwar im allgemeinen nicht öffentlich ausgesprochen. Unser tschechischer Informator, dessen Äußerungen Gewicht zukommt, klärte uns indessen über die Einstellung zum Sudetendeutschtum und über die Beurteilung der Henlein-Bewegung durch tschechische Stellen in eindeutiger Weise auf. In erster Linie verwies er darauf, daß eben im tschechischen Volke noch zahlreiche Menschen vorhanden seien, welche die Zeit der Wiener Herrschaft miterlebt hätten. Die Sudetendeutschen hätten nicht geglaubt, daß der Staat überhaupt Bestand haben könne. Während der tschechoslowakische Staat seine Propaganda durch Jahre hindurch nicht entsprechend betätigt habe, flute Tag für Tag eine Welle deutscher Radiopropaganda über die Grenze des Erzgebirges und sie sei geeignet, die Köpfe, die ohnehin dem Nationalsozialismus nicht wenige Sympathien entgegenbrächten, noch mehr zu verwirren. Henlein sei ganz ohne Zweifel ein anständiger Mensch, aber er verstehe nicht, was in Europa vorgehe. Gewiß sei es möglich, daß er und seine Leute in vielen Punkten recht hätten; aber im Psychologischen hätten sie sich eben noch keineswegs geändert und sie lebten noch völlig in der Vergangenheit. Die Sudetendeutschen lebten nun in einem Staat, der das autoritäre Regime ablehne und die Demokratie vertrete, während die Henleinbewegung sich in der ideellen Atmosphäre des Hitlertums bewege. Schließlich seien die Deutschen auf eine Zahl von 3½ Millionen unter 16 Millionen beschränkt und sie hätten sich eben dem demokratischen Gedanken zu fügen. Sie seien im Grunde politische Kinder, Romantiker, die die politischen Realitäten nicht begriffen hätten. Übrigens umfasse die Henleinbewegung keineswegs das gesamte Sudetendeutschtum.



- Böhmen
- Deutsch, bzw. Polen in Schätzten
- Grenzen der österreich. Monarchie
- Grenzen mit den Zuleitungen u. Lungen
- Landesgrenzen
- Grenzen der Bezirkshauptmannschaften

denn eine Million Sudetendeutscher befinde sich nicht bei der Bewegung. Im Grunde handle es sich beim Problem Henlein um eine Frage der Zeit; es sei nicht daran zu zweifeln, daß die politische Ausbildung dieser Leute eines Tages beendet sei. Heute neigten sie noch viel zu sehr den deutschen Ideologien zu. Das Problem sei nun aber keineswegs unlösbar; sobald die Sudetendeutschen gelernt hätten, ihre eigene Situation zu verstehen, sei es möglich, daß sie einen Ausweg fänden aus der Sackgasse, in die sie geraten seien.

Man sieht aus diesen Bemerkungen, daß die Tschechen aus verschiedenen Gründen die Staatsstreue der Henleinbewegung erheblich in Zweifel ziehen. Demgegenüber betont die Bewegung Tag für Tag und bei jeder Kundgebung, beinahe in jeder Parlamentsitzung, ihre Loyalität dem Staat gegenüber. Ziel und Zweck der Bewegung ist nach ihrer Darstellung nichts anderes als die Erhaltung ihres deutschen Volkstums und ihrer deutschen Kultur, die sie durch verschiedene Maßnahmen von tschechischer Seite bedroht sieht. Sie beklagt sich bitter über die Zurückdrängung des deutschen Elements in der Beamtenschaft, über die bewußte tschechische Entnationalisierungspolitik durch Begünstigung tschechischer Kindergärten und Schulen in rein deutschen Bezirken, durch beständige Zurücksetzung der deutschen Sprache, durch wirtschaftliche Maßnahmen, die auf eine bewußte Vernachlässigung bezw. Schädigung des deutschen Gebiets hinauslaufen, durch Verlegung ganzer Industrien aus dem deutschen in das tschechische Gebiet — kurz über eine systematische Politik der Zurückdrängung und Schädigung.

Die sudetendeutsche Partei Konrad Henleins setzt sich nun zweifellos zu einem nicht unerheblichen Prozentsatz zusammen aus ehemaligen Angehörigen der verbotenen „Nationalsozialistischen“ und „Deutschnationalen“ Parteien. Daß volkstumsbewußte Sudetendeutsche schon rein ursprünglich aus natürlichen Ursachen nicht gerade eine erhebliche Begeisterung für den tschechoslowakischen Staat aufbringen können, ist aus den von uns bereits erwähnten Gründen äußerst verständlich. Daß in einer solchen stimmungsmaßiger Atmosphäre die Pflanze des Irredentismus leicht gedeiht, ist ebenso sicher. Und daß ehemalige Mitglieder der nationalsozialistischen Partei und überhaupt alle die sehr zahlreichen Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie ihren Blick noch mehr, als sie es ohnehin tun würden, über die Grenze werfen, darin werden die Tschechen wohl recht haben. Konrad Henlein aber und seine Führergarde sind bestimmt über den Verdacht erhaben, den Irredentismus zu nähren. Ist es nicht Sympathie für den jungen Staat, die sie zu dieser Einstellung veranlaßt, so ist ihre Betonung der Staatsstreue aber auch kein taktisches Manöver; sie entspringt nüchternen politischer Überlegung, realistischen Denken und dem Gefühl der Verantwortung gegenüber Volk und Staat. Wir haben uns davon überzeugen können, daß die Führer der Bewegung alles tun, um ihre Leute von Un-

besonnenheiten abzuhalten, und niemand kann bestreiten, daß dies mit Erfolg geschieht. Es ist nicht ganz leicht, die Größe und die Bedeutung dieser politischen Leistung des Führertums der Bewegung zu ermessen.

Denn Konrad Henlein hat sich in einem fast verzweifelten Augenblick an die Spitze des Sudetendeutschtums gestellt. In jenem Oktober 1933, als die beiden nationalen Parteien verboten waren, wurde die Stimmung gefährlich. Eine starke Zersplitterung des Parteiwesens tat, im Verein mit dem Vordringen des Tschechentums auf kulturellem und wirtschaftlichen Boden und im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Not das ihre, das Deutschtum teils durch innere Kämpfe im Widerstand gegen das tschechische Vordringen zu schwächen, teils irredentistischen Ideen Nährboden zu geben. In diesem gefährlichen Augenblick ergriff Konrad Henlein, im Verein mit einigen mutigen und entschlossenen jungen Leuten, schlagartig die Führung. Unter der Parole der *E r h a l t u n g d e s V o l k s t u m s* gegenüber dem tschechischen Vordringen suchte er das Sudetendeutschtum zu einigen und unter seiner Fahne zu versammeln. Er tat es aus rein idealistischen und volkstreuem Beweggründen, bei voller Loyalität dem Staat gegenüber.

Der Versuch ist nicht völlig gelungen. Ein volles Drittel des Sudetendeutschtums steht heute noch außerhalb der sudetendeutschen Partei. Es handelt sich zwar um Reste der verschiedenen früheren Parteien, die aber immerhin ungefähr ein Drittel der stimmberechtigten Bevölkerung hinter sich haben. Zu ihnen gehören jene aktivistischen Gruppen, die, wie z. B. der *B u n d d e r L a n d w i r t e*, vor zehn Jahren sich im Interesse des Volkstums an der Regierung beteiligten und teilweise heute noch darin vertreten sind. Daß diese Gruppen aber irgendwie Erhebliches für die Erhaltung ihres Volkstums hätten erreichen können, behaupten sie im Grunde selbst nicht. Die Tatsache ihrer Beteiligung an der Regierung aber und das Bestehen einer nicht unerheblichen deutschen Minderheit außerhalb der Front Konrad Henleins schließen für die tschechische Seite ganz zweifellos eine gewisse Berechtigung in sich, die vollzogene Verständigung wenigstens mit einem Teil des Deutschtums zu betonen — insbesondere mit bewußter Wirkung nach Außen — und die umfassende Macht der Henleinbewegung teilweise in Zweifel zu ziehen. Eine weitere Schwäche der Henleinbewegung besteht in ihrem anscheinend recht großen Anteil an *U r b e i t s l o s e n* und wirtschaftlich Verzweifelten. Diese Leute interessieren sich, in jener bittersten Not, in der sie sich befinden, ganz ohne Zweifel erst in zweiter Linie um die Probleme des Volkstums. Bis heute ist es nun aus verschiedenen Gründen keineswegs gelungen, der Not in irgendwie erheblichem Grade zu begegnen, im Gegenteil: die *W i r t s c h a f t s k r i s e* in den sudetendeutschen Gebieten wächst mehr und mehr und es herrscht in einst teils blühenden, teils wenigstens durchschnittlich lebensfähigen Gebieten eine, man kann nicht anders sagen, geradezu *f u r c h t b a r e N o t*. Es besteht die Möglichkeit, daß die zahlreichen verzweifelten Anhänger der Bewegung bei den nächsten Wahlen der Partei wieder davonlaufen und sich irgend

einer Gruppe zuzuwenden, die ihnen mehr verspricht. Daraus ergibt sich die Gefahr des Kommunismus.

Auch bei Berücksichtigung aller dieser Vorbehalte kann aber mit Fug und Recht gesagt werden, daß die Henleinbewegung heute einen geschlossenen, von gutgesinnten, idealistischen und zweifellos staatsstreuen Führern geleiteten Machtfaktor bedeutet, in dessen Schatten die deutschen Splitterparteien eine recht bescheidene Rolle spielen. Es besteht eine sehr erhebliche Geschlossenheit des politischen Willens im gesamten von Deutschen bewohnten Gebiet, eine Geschlossenheit, die nie zuvor da war.

Die Tragik und der politisch äußerst gefährliche Aspekt dieses tschechoslowakischen Grundproblems liegt nun in der eindeutigen Feststellung, daß der tschechische Machtfaktor und der deutsche Block sich tatsächlich völlig ablehnend, ja feindlich gegenüberstehen. Auf deutscher Seite ist es die kulturelle und wirtschaftliche tschechische Expansionspolitik in das deutsche Gebiet hinein, die nun seit 17 Jahren mit äußerster Systematik und Konsequenz betrieben wird, durch die die Bevölkerung nachgerade der Verzweiflung und Erbitterung verfallen ist, das Gefühl, vom Staate als Bürger zweiter Klasse angesehen und behandelt zu werden — auf tschechischer Seite die bewußte oder unbewußte Empfindung, daß das deutsche Element sich den tschechischen Machtansprüchen nicht ohne weiteres fügen werde und daß die betonte Staatsstreue des Sudetendeutschtums nichts anderes als ein taktisches Manöver bedeute. Die Stimmung, die auf beiden Fronten sich ergeben hat, erscheint äußerst gefährlich: sie ist entschlossen auf der tschechischen, erbittert auf der deutschen Seite.

Das Dilemma auf der deutschen Seite kennzeichnet sich aus der Erwägung, daß es Konrad Henlein Tag für Tag schwerer werden muß, die beiden Richtpunkte seines Programms: Staatsstreue und Erhaltung des deutschen Volkstums zugleich und in einem Programm vertreten zu können. Denn die von tschechischer Seite vorgetriebenen Reile der wirtschaftlichen und kulturellen Expansion stoßen täglich tiefer in das Fleisch des deutschen Volkskörpers. Wer selbst Gelegenheit hatte, die systematischen Maßnahmen politischen, verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Charakters zu beobachten, die von tschechischer Seite mit dem Ziel allmählicher Zurückdrängung des deutschen Elements in den Bezirken seiner eigenen Sprache und Kultur konsequent und, angesichts der wirtschaftlichen Not und der Macht des tschechischen Staates auch mit Erfolg, getroffen worden sind und täglich getroffen werden — und wer auf der andern Seite die ungeheure wirtschaftliche Not und die Stimmung der Verzweiflung und Erbitterung auf deutscher Seite erkennen konnte, der kann nicht im Zweifel darüber sein, daß hier eines Tages äußerst schwerwiegende Ereignisse eintreten können, deren Rückwirkung auf den Frieden Europas heute noch nicht zu ermessen sind.

Zwei bedeutende Staatsmänner waren es, die das tschechische Volk einst aus der Periode der Fremdherrschaft zur Freiheit führten. Der eine, der Philosoph, ist alt geworden und wird kaum mehr entscheidend in die Politik eingreifen — der andere steht heute, berufen vom Vertrauen und der Dankbarkeit seines Volkes, an der höchsten Stelle des Staates. Er hat seinem engeren Vaterlande große und unvergängliche Dienste geleistet — wer den staatsmännischen Geist und das so oft bewiesene politische Geschick dieses Mannes bedenkt, wird die Hoffnung hegen, daß es ihm gelingen werde, auch das Grundproblem seines weiteren Vaterlandes, das er selbst gegründet hat, einer Lösung im Sinne der Demokratie und der Freiheit entgegenzuführen.

Es ist müßig und zwecklos, die andere Alternative auch nur anzudeuten.

Das Bauerntum und die bürgerliche Wirtschaftsweise.

Von **Georg E. L. Schmidt.**

Am 6. August 1935 hat der Bundesrat eine Verordnung von 22 Artikeln erlassen, welche Behörden und Verbände verpflichtet, auf die Einschränkung der Zucht und Mast von Rindvieh, Schweinen und Geflügel hinzuwirken. Vom Standpunkt des Freihandels aus muß jeder einen derartigen Eingriff in die wirtschaftliche Erzeugung bekämpfen. Doch diese Maßnahme ist nur eine Folge und ein Bestandteil unseres gesamten agrarpolitischen Systems. Denn sie stellt im Grunde die notwendige Ergänzung dar zu den mannigfachen Vorkehrungen, welche der Bund für die Festlegung der Preise von Vieh, Milch und Milchprodukten getroffen hat.

Wenn sich die Einschränkung der Produktion im gleichen Maße durchsetzt wie die Stützung der Preise, so hat die schweizerische Landwirtschaft in ihrem wichtigsten Betriebszweige mit einer planmäßigen, einer geleiteten Wirtschaft zu rechnen: nicht der Markt, sondern Verbände und Behörden bestimmen die Preise, nicht der Bauer, sondern seine Organisationen und die Verwaltung legen den Umfang der Erzeugung fest.

Diese neuartige Sachlage entspringt keiner grundsätzlichen Umstellung der Wirtschaftspolitik oder der Bauernschaft; sie ist ein Ausfluß der Not, in welche die weltweite Wirtschaftskrise unser Land versetzt hat. Doch hängt es nur von der Dauer und der Durchführung der neuen Ordnung ab, ob sie den Ausgangspunkt bildet zu einer besonderen Form der Agrarwirtschaft. Mit den Überlieferungen des 19. Jahrhunderts würde diese Wirt-